Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Stimmung im Keller
2. China-Zölle: Wenn Politiker ökonomische Prozesse falsch verstehen
3. Stoltenberg: Die Ukraine könnte Gebietsverluste an Russland hinnehmen müssen
4. „Auf allen Kanälen, sprecht mit den Russen. Sagt ihnen, was wir als Antwort tun werden"
5. Foreign Policy: Washington muss dafür sorgen, dass „Berlins Gazprom-Ära" vorbei ist
6. Deutsche Dilemmata
7. Pflegeversicherung Steigen die Sozialbeiträge noch stärker?
8. Armutsforscher wettert gegen Machenschaften in der Politik: „Wer hat das veranlasst?"
9. Befristungen im Job: Ein unbefristeter Arbeitsvertrag ist für Berufsanfänger die Ausnahme
10. Risikokommunikation während der Corona-Krise: Drosten spricht von „Umdeutung" – stimmt das?

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Stimmung im Keller**
   Der Vorteil billiger Energiezufuhr ist der deutschen Industrie verloren gegangen. Das beschleunigt die Deindustrialisierung. Zum Stand der hiesigen Wirtschaft

Die Deutsche Bundesbank findet, die hiesige Wirtschaft befinde sich in »schwierigem Fahrwasser«. Sebastian Dullien, Chef des gewerkschaftsnahen Wirtschaftsforschungsinstituts IMK in Düsseldorf, stellt fest, die Wachstumsschätzungen der Regierung seien »zu optimistisch«. Da Wirtschaftsminister Robert Habeck (Die Grünen) und der Sachverständigenrat ohnehin nur auf ein Realwachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in diesem Jahr von allenfalls 0,3 Prozent gehofft hatten, kann das nur bedeuten, dass 2024 wieder ein Rezessionsjahr in Deutschland sein wird. Im August schwenkten die Konjunkturbeobachter mehrheitlich auf Rezession um.
Quelle: Lucas Zeise in junge Welt

dazu: **Ökonom Tom Krebs: „Im schlimmsten Fall wird Deutschland eine Disneyland-Ökonomie“**
Tom Krebs ist ein erfahrener Wirtschaftsberater. Die Wirtschaftspolitik der Ampelregierung hat Deutschland schwer geschadet – und den Aufstieg der AfD begünstigt, sagt er im Interview.
Die deutsche Wirtschaft steckt in der Krise. Mit dem Beginn des Ukrainekriegs und den Sanktionen gegen Russland hat Deutschland einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil verloren, weil es sich von den vergleichsweise günstigen Gas- und Ölimporten löste. Der renommierte Ökonom und Regierungsberater Tom Krebs kritisiert die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.
Insbesondere die Energiepolitik habe der deutschen Wirtschaft und der Bevölkerung erhebliche Mehrkosten aufgebürdet, sagt er im Gespräch mit der Berliner Zeitung. Er macht die Fehldiagnose der Bundesregierung und ihrer Berater für den Wirtschaftseinbruch, die gestiegene Inflation und den Aufstieg der AfD verantwortlich. Auch langfristig bestehe erhebliche Unsicherheit für den deutschen Wirtschaftsstandort.
Quelle: Berliner Zeitung

dazu auch: **Robert Habeck: Wunsch und Wirklichkeit**
Der Bundeswirtschafts- und Klimaminister hatte schon Anfang 2023 eine klare Vorstellung von der Zukunft der deutschen Wirtschaft. Bei einer Bundespressekonferenz zeigte er ein Schaubild mit der Entwicklung der Industrieproduktion und einigen Unterkomponenten (siehe Foto).
Seine Botschaft war klar: Dank der klugen Wirtschafts- und Klimapolitik der Ampel-Regierung werde sich ein Teil der Industrieproduktion (die grüne Kurve, die in der Legende als nicht energieintensiv gekennzeichnet ist) nach oben entwickeln und, wie man dem Foto klar entnehmen kann, schon im Januar/Februar 2023 mit klar

aufwärtsgerichteter Tendenz den Indexwert von 100 von unten durchstoßen. Mitgezogen von dieser dynamischen Entwicklung wird auch die gesamte Industrieproduktion, die ebenfalls den Indexwert von 100 erreicht.
Dagegen zeigt der Minister auf dem Foto, dass der Teil der Industrie, der als energieintensiv gekennzeichnet ist, deutlich absackt und weit unter dem Indexwert von 90 bleibt. Man ahnt sofort, was der Minister damit sagen will: Kaum ist die richtige Regierung an der Macht, entwickeln sich die Dinge so, wie man es erwartet. Energieintensive Unternehmen haben keine Zukunft in Deutschland, aber den anderen wird es blendend gehen. Ist das nicht das Ergebnis von Habecks transformativer Angebotspolitik in Reinkultur?
Leider ist die Wirklichkeit etwas komplizierter.
Quelle: Heiner Flassbeck

2. **China-Zölle: Wenn Politiker ökonomische Prozesse falsch verstehen**
In diesen Tagen kann man gut beobachten, wie ein falsches Verständnis ökonomischer Prozesse enorme politische Konflikte nach sich zieht. Die Zölle, die Europa, angetrieben von der Europäischen Kommission und ihrer Chefin Ursula von der Leyen, auf chinesische E-Autos erheben will, zeigen wieder einmal, dass die moderne Politik enormen Schaden anrichtet, weil die Politiker die Systeme, in die sie eingreifen, nicht einmal im Ansatz verstehen.
Allenthalben und nicht nur in Europa werden Gefahren für den globalen Handel an die Wand gemalt, die mit China, China und nochmals China zu tun haben. Dahinter steht ohne Zweifel die Doktrin der amerikanischen Neocons, die mit allen Mitteln verhindern wollen, dass China auch nur an der amerikanischen Hegemonie kratzt. Aber die Angst vor der chinesischen Gefahr würde ohne die vermutete ökonomische Bedrohung nicht glaubwürdig sein. Doch genau die beruht auf einem Missverständnis. China ist nicht die ultimative Bedrohung für den “Freihandel”, weil es den “Freihandel”, den alle glauben, verteidigen zu müssen, gar nicht gibt.
Quelle: Heiner Flassbeck auf Telepolis

dazu auch: **Zölle auf chinesische E-Autos: Es geht dem Westen nicht um „gleiche Marktregeln für alle“**
Ab November werden hohe Strafzölle auf chinesische Elektroautos fällig. So beschloss es nun die EU-Kommission, im Windschatten der USA. Die Volksrepublik subventioniere ihre Automobilindustrie zu stark, heißt es. Dieser Vorwurf ist absurd […]
Auch die kapitalistischen Staaten des „Westens“ fördern ihre Autoindustrie seit Jahrzehnten mit Milliarden. Industriepolitische Offensiven wie „NextGeneration EU“

oder das „Europäische Chip-Gesetz“ fördern privates Kapital in Milliardenhöhe. Dasselbe gilt für die USA, die die Schutzzölle auf chinesische E-Autos und Solaranlagen von 25 auf 100 Prozent gesteigert haben. Der „Westen“ handelt nicht aus hehren Prinzipien und im Sinne von gleichen Marktregeln für alle. Er bricht mit dem Freihandel, wann und wo er es kann, weil er dazu die Macht hat.
Quelle: der Freitag

und: **„Vor zehn Jahren erklärten USA und EU, die Energiewende gelinge nicht ohne China. Heute bestrafen sie China mit hohen Zöllen.**
China, einst als grösster Klimasünder angesehen, hat die Welt in puncto erneuerbare Energien weit hinter sich gelassen. Journalist und Buchautor David Wallace-Wells verweist auf beeindruckende Zahlen, die das rasante Wachstum der chinesischen Kapazitäten verdeutlichen. «China setzt verschiedene grüne Energietechnologien mit einer erstaunlichen Geschwindigkeit um und übertrifft dabei die Prognosen der Analysten jedes Jahr aufs Neue», so Wallace-Wells. Die Welt ausserhalb Chinas mache ebenfalls Fortschritte, aber wesentlich langsamere.“
Quelle: Infosperber

3. **Stoltenberg: Die Ukraine könnte Gebietsverluste an Russland hinnehmen müssen**
In einem Interview kurz nach dem Ende seiner Amtszeit als Nato-Chef spricht Jens Stoltenberg darüber, wie der Ukrainekrieg seiner Meinung nach enden könnte.
Der ehemalige Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat in einem am Freitag veröffentlichten Interview mit der Financial Times ausführlich und offen über den Ukrainekrieg gesprochen. Wenige Tage nach dem Führungswechsel an der Spitze des Militärbündnisses gibt Stoltenberg Einblick in die Herausforderungen und Entscheidungen, die er im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg treffen musste – und räumt Fehler ein. „Wir hätten ihnen vor der Invasion mehr Waffen geben sollen“, sagt Stoltenberg beispielsweise. „Und wir hätten ihnen nach der Invasion modernere Waffen schneller geben sollen. Ich übernehme meinen Teil der Verantwortung.“
Quelle 1: Berliner Zeitung
Quelle 2: Infosperber
Quelle 3: FT (Bezahlschranke)

dazu auch: **Ukraine: Plötzlich reden die Nato-Chefs ganz anders**
Hat die Nato ihre Haltung zur Ukraine geändert? Der alte und der neue Nato-Generalsekretär reden plötzlich ganz anders als noch vor wenigen Tagen.
So schließt es der alte Kämpe Stoltenberg nicht mehr aus, dass die Ukraine die von

Russland besetzten Gebiete zumindest vorläufig aufgeben muß. Dies sagte er in einem Interview mit der FT – nach seinem Abschied als Nato-Generalsekretär.
Vorher hat er das nie gesagt. Allerdings pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass man in der Nato-Vormacht USA längst über einen Deal "Land gegen Frieden" mit anschließendem Nato-Beitritt der Rumpf-Ukraine nachdenkt. Man nennt es das (west-)deutsche Modell…
Quelle: Lost in Europe

4. **„Auf allen Kanälen, sprecht mit den Russen. Sagt ihnen, was wir als Antwort tun werden"**
   Der Krieg in der Ukraine hat die USA und Russland offenbar an die Grenzen der Diplomatie gebracht. Im Herbst 2022 soll Putin den Einsatz taktischer Atomwaffen in Betracht gezogen haben. Daraufhin kam es zum „haarsträubendsten Moment des gesamten Krieges", enthüllt nun der Pulitzer-Preisträger Bob Woodward.
   Seit der Invasion Russlands in die Ukraine wird darüber spekuliert, ob Wladimir Putin bei einer Niederlage auch taktische Atomwaffen einsetzen könnte. Und diese Befürchtungen scheinen tatsächlich berechtigt, wie der renommierte Journalist Bob Woodward nun in seinem neuen Buch „War" enthüllt.
   Quelle 1: Welt Online
   Quelle 2: CNN

   Anmerkung André Tautenhahn: *Vielleicht kommen ja jetzt einige „Experten" zur Besinnung, die die Gefahr einer nuklearen Eskalation bislang herunterspielten oder immer noch Humbug halten.*

5. **Foreign Policy: Washington muss dafür sorgen, dass „Berlins Gazprom-Ära" vorbei ist**
   Foreign Policy, die Zeitung des sehr einflussreichen Council on Foreign Relations, hat einen Artikel veröffentlicht, der erneut die schon lange bekannten Ziele der US-Politik anschaulich aufzeigt, nämlich Russland und Deutschland dauerhaft zu trennen. […] Steinmeier, der wie kaum ein anderer Politiker die gescheiterte Russland-Politik Berlins verkörpert, ist heute Deutschlands zeremonieller Bundespräsident und hat eine hervorragende Gelegenheit verpasst, am 24. Februar 2022 zurückzutreten, nachdem Russland den Einmarsch in die Ukraine begonnen hatte. Gabriel hat unterdessen auch kaum einen politischen Preis bezahlt. Er räumte verspätet Fehler in seinen Beziehungen zum Kreml ein und scheint sich als überzeugter Transatlantiker mit Spitzenpositionen bei der Atlantik-Brücke, der Harvard University und der Eurasia Group neu erfunden zu haben.
   Quelle 1: Anti-Spiegel

Quelle 2: Foreign Policy

dazu auch: **Der Fall Nord Stream: Wer hat die Pipelines in der Ostsee gesprengt?**
Investigative Journalisten sprechen ebenso wie Bundestagsabgeordnete von einer Mauer des Schweigens. Holger Stark, Leiter des Investigativressorts der Zeit, etwa sprach von einem „brutalen Druck auf alle Behörden, mit keinem Journalisten zu sprechen".2 Im Gespräch mit dem Verfasser bezeichnet es der Bundestagsabgeordnete Ralf Stegner (SPD) als „sehr verwunderlich", dass bei einem so großen Verbrechen in einem der bestüberwachten Meere der Welt zwei Jahre nach der Tat so wenig herausgekommen ist. Stegners Kollege Andrej Hunko vom Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) spricht sogar von „provokativem Desinteresse an einer Aufklärung".
Über die politische Verantwortung für den Sabotageakt gibt es bis heute im Prinzip drei verschiedene Theorien.
Quelle: Fabian Scheidler auf LMd

6. **Deutsche Dilemmata**
Die Bundesregierung verweigert sich weiterhin jeglicher Kritik an der israelischen Kriegführung in Gaza und im Libanon wie auch der Forderung nach einem Stopp der Waffenlieferungen an Israel. In den vergangenen Tagen hatten mehrere UN-Spitzenfunktionäre scharf gegen mutmaßliche Kriegsverbrechen der israelischen Streitkräfte Position bezogen; Frankreichs Präsident Emmanuel Macron fordert, keine Kriegswaffen mehr an Israel zu liefern. Bundeskanzler Olaf Scholz beschränkte sich in einer Ansprache am gestrigen Sonntag darauf, pauschal für „einen Waffenstillstand" zu plädieren. Während in diesen Tagen des Massakers der Hamas vom 7. Oktober 2023 gedacht wird, bei dem nahezu 1.200 Menschen unmittelbar ermordet wurden, sprengt der Krieg, mit dem Israel auf das Massaker reagiert, längst alle Schranken. So liegt die Zahl der getöteten Zivilisten im Gazastreifen nach einem Kriegsjahr doppelt so hoch wie die Zahl der getöteten Zivilisten in der Ukraine nach 30 Kriegsmonaten. Mehr als 80 Prozent aller Schulen in Gaza und fast alle Krankenhäuser wurden durch Bombardements schwer oder ganz zerstört. Für Deutschland bleibt Israel wichtigster Militärpartner jenseits der NATO.
Quelle: German Foreign Policy

dazu: **Jahrestag zum 7. Oktober: Der Krieg in Zahlen**
Seit Israels Premier Netanjahu nach dem Terroranschlag der Hamas das Ziel ausgab, die Terrororganisation zu vernichten, wird in Gaza gekämpft. Die Zerstörung und das Leid haben unvorstellbare Ausmaße angenommen. Die Fakten zu einem Jahr

Blutvergießen.
Quelle: Süddeutsche

dazu auch: **Russland verbündet sich mit dem Iran, die Kriegswolken zerstreuen sich**
Israel hat offenbar seinen geplanten Angriff auf den Iran auf Eis gelegt. Dieser Rückzug ist auf eine Kombination von Umständen zurückzuführen, die Israels eigene hochtrabende Rhetorik, man sei bereit zum Losschlagen, Lügen straft.
Trotz Israels brillantem Medienmanagement sind Berichte aufgetaucht, dass der iranische Raketenangriff am 1. Oktober ein spektakulärer Erfolg war. Es war eine Demonstration der Abschreckungsfähigkeit des Iran, Israel, wenn nötig, zu vernichten. Die Unfähigkeit der USA, iranische Hyperschallraketen abzufangen, hatte seine eigene Botschaft. Der Iran behauptet, dass 90 Prozent seiner Raketen das israelische Luftverteidigungssystem durchdrungen haben.
Will Schryver, ein technischer Ingenieur und Sicherheitskommentator, schrieb auf X: „Ich verstehe nicht, wie jemand, der die vielen Videoclips der iranischen Raketenangriffe auf Israel gesehen hat, nicht erkennen und anerkennen kann, dass es sich um eine beeindruckende Demonstration der iranischen Fähigkeiten handelte. Die ballistischen Raketen des Iran durchbrachen die US-amerikanische/israelische Luftabwehr und trafen mehrere israelische Militärziele mit großen Sprengköpfen.“ […]
Was die Israelis jedoch abschreckt und die Amerikaner beunruhigt, ist etwas anderes – Russlands immer länger werdende Schatten auf dem westasiatischen Teppich.
Quelle: Seniora.org

und: **Die US-Mainstream-Medien haben seit dem 7. Oktober versagt**
Die Medien in den USA haben nicht nur die israelische Entrechtung der Palästinenser weitgehend ignoriert, sondern auch die Widersprüche in Israels Militärstrategie
Eigentlich hätten die amerikanischen Medien nach dem 7. Oktober Jehad Abusalim einen Stammplatz in ihren Fernsehshows und Kommentarspalten vormerken müssen. Denn Abusalim, der das Büro des Institutes for Palestine Studies in Washington DC leitet, stammt nicht nur aus Gaza, sondern spricht auch Hebräisch und promoviert derzeit in Geschichte, Hebräisch und Judaistik. Einige Monate vor dem Anschlag hatte er einen Essay veröffentlicht, in dem er argumentierte, dass die Hamas „ihre Ressourcen für eine potenziell größere Konfrontation mit Israel strategisch zu schonen scheint“. Es ist schwer vorstellbar, dass jemand in Taxidistanz zu den amerikanischen Fernsehstudios besser geeignet war, den Amerikanern das Massaker der Hamas und die brutale militärische Reaktion Israels zu erklären.
Quelle: der Freitag

7. **Pflegeversicherung Steigen die Sozialbeiträge noch stärker?**
   Laut einem Medienbericht steht die Pflegeversicherung vor der Pleite. Die Ampel berät offenbar über eine Lösung. Ergebnis könnte sein, dass die Sozialbeiträge so stark steigen wie seit 20 Jahren nicht mehr.
   Offenbar ist die finanzielle Lage der gesetzlichen Pflegeversicherung noch dramatischer als bisher öffentlich bekannt. Das berichtet das Redaktionsnetzwerks Deutschland und beruft sich dabei auf Koalitionskreise. Die Pflegeversicherung sei nach aktueller Einschätzung der Regierung bereits im Februar zahlungsunfähig, wenn nicht vorher eingegriffen werde. Es gebe bereits Gespräche in der Ampel-Koalition, um eine Pleite zu verhindern, heißt es weiter.
   Quelle 1: tagesschau
   Quelle 2: RND
8. **Armutsforscher wettert gegen Machenschaften in der Politik: „Wer hat das veranlasst?“**
   „Wenn man auf die aktuellen politischen Verhältnisse blickt, wird häufig Druck auf diejenigen gemacht, die unten in der Gesellschaft sind“, erklärt der Politikwissenschaftler im Gespräch mit wa.de. „Diese Gruppen werden mehr oder weniger bezichtigt, ein leistungsloses Einkommen zu haben, also ‚Sozialschmarotzer‘ zu sein.“ Den Armen werde vorgeworfen, sich nicht genügend anzustrengen, nicht genügend zu leisten und ihre finanzielle Misere deshalb selbst verschuldet zu haben. Doch dabei würde mit zweierlei Maß gemessen. „Nichtstun wird eher bei denen kritisiert, die wenig Geld haben.“ Bei anderen, die Butterwegge die Hyperreichen nennt, werde das Nichtstun hingegen akzeptiert. Das liege daran, dass Reichtum und Wohlstand hierzulande häufig mit Leistung assoziiert würde. In vielen Fällen ein Mythos, sagt der Forscher: „Die müssen ja gar nicht arbeiten, sondern leben von Dividenden und haben ihren Reichtum größtenteils geerbt.“
   Quelle: Westfälischer Anzeiger

   dazu: **Neue Bürgergeld-Sanktionen: Wiederholung der „Fehler der Hartz-Gesetzgebung“**
   Nicht mehr nur der Ton in der Debatte ums Bürgergeld verschärft sich. Die Bundesregierung plant härtere Sanktionen für Bürgergeld-Empfängerinnen und -Empfänger. Wer Termine oder zumutbare Arbeit versäumt, soll rigoroser sanktioniert werden. Das beschloss das Kabinett der Ampel-Koalition jüngst und brachte eine Gesetzesvorlage auf den Weg. Für Wohlfahrtsverbände ist dieser Schritt ein fatales Signal. Sie beklagen Symbolpolitik, die weder die Betroffenen, noch den Arbeitsmarkt voranbringe.

Quelle: FR Online

9. **Befristungen im Job: Ein unbefristeter Arbeitsvertrag ist für Berufsanfänger die Ausnahme**
Arbeitskräfte fehlen, trotzdem gibt es nur selten gleich einen unbefristeten Job: Eine neue Studie zeigt, wie prekär die Lage ist – nicht nur an Schulen und Unis.
Befristete Arbeitsverträge sind in Deutschland weiter stark verbreitet, vor allem junge Menschen haben selten zum Berufseinstieg ein unbefristetes Arbeitsverhältnis. Das stellt eine neue Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) auf Grundlage neuer Daten fest. Demnach sind fast 38 Prozent der Neuanstellungen befristet, bei jungen Beschäftigten fast die Hälfte – allerdings gibt es starke regionale Unterschiede.
Die Untersuchung, die ZEIT ONLINE vorliegt, zeigt, dass 2023 knapp 40 Prozent aller neu eingestellten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zunächst nur einen befristeten Arbeitsvertrag erhielten, bei Menschen unter 25 Jahren waren es sogar knapp die Hälfte. Frauen werden etwas öfter befristet eingestellt als Männer (38,8 Prozent gegenüber 36,9 Prozent).
Die Daten unterscheiden dabei allerdings nicht, ob es sich um Befristungen mit Sachgrund oder ohne handelt.
Quelle 1: Zeit Online
Quelle 2: Hans Böckler Stiftung

dazu auch: **Arbeitslosigkeit wird 2025 wohl in allen Bundesländern steigen**
Die Konjunkturaussichten sind mau: Die Industrie verbucht einen stärkeren Auftragsrückgang als erwartet, die Verbraucher halten sich zurück. Nun drohen auch steigenden Arbeitslosenzahlen.
Die Arbeitslosigkeit wird einer Prognose zufolge im kommenden Jahr in allen Bundesländern im Zuge der schwachen Konjunktur zunehmen.
Quelle 1: Welt Online
Quelle 2: IAB

10. **Risikokommunikation während der Corona-Krise: Drosten spricht von „Umdeutung“ – stimmt das?**
Leitlinien für eine professionelle Risikokommunikation waren schon vor Corona vorhanden. Bei einer Aufarbeitung der Corona-Pandemiemaßnahmen muss die evidenzbasierte Risikokommunikation ein zentrales Thema sein. Aber kann man angesichts der chronischen Missachtung der vielen vorhandenen Leitlinien und Standards in der Vergangenheit hoffen, dass sie in Zukunft die Grundlagen der Risikokommunikation bilden werden? Oder werden sie in der nächsten Krise wieder

ignoriert?
Quelle: Marc-Denis Weitze und Martin Sprenger in Berliner Zeitung

dazu auch: **Drosten behauptet, er habe nie eine Impfpflicht gefordert – das Internet überführt ihn der Lüge**
„Ich habe nie eine Impfpflicht gefordert“, sagte Charité-Virologe Christian Drosten in einem am 9.10. veröffentlichten Interview mit T-Online. Eine einfache Internet-Suchmaschinen-Anfrage überführt den obersten Virologie-Erklärer der Regierung jedoch sehr schnell der Irreführung.
Quelle 1: Norbert Häring
Quelle 2: t-online

Anmerkung André Tautenhahn: *Nachdem Leser darauf hingewiesen haben, hat das Portal t-online bei Drosten noch einmal nachgefragt und das Interview entsprechend ergänzt. In seiner nachgereichten Antwort nimmt Drosten nun Bezug auf die Delta-Variante und erklärt: „Es war eindeutig belegt, dass die Impfung damals wirksam gegen die Übertragung schützte.“ Diese Aussage ist ebenfalls fragwürdig und bietet erneut Anlass für weitere Rückfragen. Denn eigentlich war auch damals in offiziellen Stellungnahmen schon bekannt, dass der Übertragungsschutz, falls überhaupt vorhanden, allenfalls reduziert und zeitlich sehr begrenzt war. Insofern stellt sich die Frage, welchen höheren Schutz ein Patient erfahren hätte, wenn das Krankenhauspersonal zwar vorschriftsmäßig geimpft gewesen wäre, der Zeitpunkt der abgeschlossenen Impfung aber schon länger zurückliegt. Hinzu kommt, dass der Übertragungsschutz gar nicht Teil der Zulassungsstudien war.*

Anmerkung Christian Reimann: *Langsam, aber sicher scheint das (vor allem mediale und politische) Lügen-Gebäude der Corona-Maßnahmen-Befürworter einzustürzen. Bitte lesen Sie dazu auch Risikokommunikation während der Corona-Krise: Drosten spricht von „Umdeutung“ – stimmt das? und dazu: Pandemie-Ursprung: Was wir bisher wissen und was nicht mit Anmerkungen.*